

Plan-/Zentralverwaltungswirtschaft	Marktwirtschaft
Gerechtere Verteilung von Gütern	Wer kein Geld besitzt, kann sich keine Güter leisten
Keine Arbeitslosigkeit, dadurch in Gesellschaft kaum soziale Ungleichheit	Arbeitslosigkeit und ohne Sozialstaat große soziale Ungleichheit möglich
Produktionsmittel in den Händen des Staates und zentrale staatliche Wirtschaftsplanung	Produktionsmittel in Händen der Unternehmen, Politik stellt nur wirtschaftliche Rahmenbedingungen
Zentrale Preissetzung → Preise für Güter können niedrig angesetzt werden, so dass Güter des täglichen Bedarfs billig sind; andererseits kaum Gestaltungsmöglichkeit	Preise entstehen auf dem Markt, wobei der Preis selbst eine Lenkungsfunktion inne hat → Preisvergleich bei Gütern möglich
Einschränkung der individuellen Freiheit	Individuelle Freiheitsrechte für Bürger/innen und Markt besonders wichtig
Keine freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, kein Wettbewerb, kein privates Eigentum	freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, Wettbewerb, Schutz von privatem Eigentum
Fehlplanung und Engpässe bei Güterherstellung möglich → schlechte Versorgung der Bürger	kaum oder nie Engpässe bei Angebot und Erfüllung der Bedürfnisse
Geringe Produktivität, da kein Leistungsanreiz	Eigenverantwortung und Leistung werden belohnt → Produktivitätssteigerung

Merkmale einer Wirtschaftsordnung

Wie soll eine Wirtschaft organisiert sein und wie können wirtschaftliche Handlungen durch Regeln aufeinander abgestimmt werden? Die grundlegenden, zentralen Kriterien für die mögliche Unterscheidung verschiedener Wirtschaftsordnungen sind:

- Planungs- und Lenkungssystem (Steuerung der Wirtschaftsprozesse): Wie werden Produktion und Konsum gesteuert? Werden sie z.B. zentral gelenkt oder entscheidet jedes Individuum selbst darüber, was es produzieren, verkaufen und kaufen will (dezentral)? Werden sie durch Steuern, Subventionen, Sozialleistungen usw. beeinflusst?
- Preisbildungsformen: Wo bzw. wie wird festgelegt, was Güter und Dienstleistungen kosten? Ergibt sich der Preis aus Angebot und Nachfrage oder wird er staatlich festgelegt?
- Eigentumsformen: Wem gehören die Produktionsmittel, d.h. die Unternehmen, Maschinen usw.? Gehören sie dem Staat, allen Menschen einer Gesellschaft zusammen oder gibt es Privateigentum?
- Formen der betrieblichen Ergebnisrechnung: Was für Ziele verfolgen Unternehmen und nach welchen Kriterien wird entschieden, dass sie sie erreicht haben? Wollen sie z.B. Gewinn erzielen (Gewinnprinzip) oder müssen sie eine staatliche Vorgabe erfüllen (Planerfüllungsprinzip)?
- Formen der Finanzwirtschaft: Wie sind die Banken und Börsen organisiert? Sind die Banken z.B. unabhängig oder werden sie vom Staat gesteuert? Ist jeder Haushalt für seine Finanzen selbst zuständig?

Allgemein werden zwei zentrale Möglichkeiten unterschieden, wie der Aufbau einer Wirtschaftsordnung gestaltet ist: Zum einen kann die Wirtschaftsordnung nach Form der **Planwirtschaft** aufgebaut sein, in welcher der Staat die Wirtschaft steuert. Diese Wirtschaftsordnung gilt insbesondere in kommunistischen Staaten, wie z.B. früher in der Sowjetunion oder der DDR. Zum anderen kann die Wirtschaftsordnung nach dem Prinzip der **Marktwirtschaft** aufgebaut sein, in der die Wirtschaft von privatem Eigentum, freiem Handel und Konsum bestimmt wird.

Die Planwirtschaft/Zentralverwaltungswirtschaft

Bei der Planwirtschaft – auch Zentralverwaltungswirtschaft genannt – handelt es sich um eine Wirtschaftsordnung, in der **alle Wirtschaftsprozesse ausschließlich zentral organisiert und gesteuert** werden. Ein staatlich aufgestellter Zentralplan organisiert sämtliche Wirtschaftsabläufe, denen sich auch die Haushalte und die Betriebe unterordnen müssen. Dieser Zentralplan ist politisch beschlossen, gesetzlich verankert und somit für die gesamte Gesellschaft rechtlich bindend. Der Plan übernimmt die Organisation der Güterproduktion und regelt deren Verteilung an alle Teilnehmer des Wirtschaftskreislaufs, also den Betrieben, Verbrauchern usw.

Das bedeutet, dass also ein oder mehrere Behörden existieren, die ständig überlegen, was für Güter und Produkte eine Gesellschaft braucht und wie viele davon. Dazu wird dann ein Plan mit entsprechenden Produktionsvorgaben für die Fabriken entwickelt. Die fertigen Produkte und Güter, die auf diese Weise nach Plan produziert wurden, werden schließlich möglichst gleichmäßig an Geschäfte im ganzen Land verteilt.

Plan- oder Zentralverwaltungswirtschaften bestanden bzw. bestehen **überwiegend in kommunistischen Systemen**, in denen das politische System auch über die ökonomischen Vorgänge bestimmt und diese steuert. Diese Steuerung durch den Staat ist möglich, weil in kommunistischen Ländern normalerweise **alle Produktionsmittel (d.h. Fabriken, Maschinen usw.) und Gewerbebetriebe (d.h. Geschäfte usw.) Staatseigentum sind und es kaum Privateigentum gibt**.

Die zentrale Planstelle muss schätzen, welche Güter und Produkte in einer Gesellschaft von den Bürgern benötigt werden. Mit dem Gesamtplan werden neben der Steuerung der Produktion auch die Preise und Löhne sowie weitere wirtschaftliche Details in Einzelplänen bestimmt. Das bedeutet, dass die zentrale Planstelle im Voraus berechnen muss, welche Bedürfnisse der Bürger in einem bestimmten Zeitraum zu erwarten sind und welche Leistungen zur Befriedigung oder Deckung dieser Bedürfnisse benötigt werden.

Die freie Marktwirtschaft

In einer Marktwirtschaft nutzen Unternehmer ihr Privateigentum, um Produkte zu entwickeln. Diese bieten sie dann im Wettbewerb mit anderen Unternehmern auf dem freien Markt an. Dabei werden die Produktion und die Verteilung von Gütern, Dienstleistungen und Produkten von *Angebot und Nachfrage* reguliert. Dadurch kommt der Kaufpreis eines Guts oder eines Produkts auf dem Markt zustande. Dies gilt als hauptsächlicher Faktor für den so genannten ‚freien Markt‘.

Der Preis übernimmt dabei zwei zentrale Funktionen:

- Die Höhe des Preises zeigt an, wie knapp oder verfügbar ein bestimmtes Gut oder Produkt auf diesem Markt ist.
- Der Preis zeigt außerdem an, ob es sich lohnt, in die Produktion eines Guts oder Produktes zu investieren: Ein höherer Preis motiviert Hersteller dazu, in die Produktion eines teuren Guts zu investieren, um dann mit dem Verkauf möglichst hohe Gewinne zu erzielen.

Da der Preis Unternehmer zu Investitionen motivieren kann und somit gewissermaßen steuert, fasst man diese Funktionen mit dem Überbegriff der **Allokationsfunktion** zusammen, was in etwa „Lenkungsfunktion“ bedeutet. Damit diese Funktion tatsächlich greifen kann, müssen zwei Bedingungen vorliegen:

- a) Das Privateigentum, also die Verfügungsgewalt der Menschen über ihre erworbenen Produkte, muss gesichert sein.
- b) Es muss einen freien Markt geben, der ohne politische Eingriffe funktioniert, auf dem die Anbieter von Produkten und die Konsumenten interagieren können.

Außerdem ist es wichtig, dass ein freier Wettbewerb besteht, in dem alle die gleichen Chancen haben und kein Unternehmen zu groß ist oder ein Monopol bildet. Als weitere bedeutende Elemente der Marktwirtschaft gelten auch die Gewerbefreiheit (jeder darf ein Unternehmen gründen), die Konsumfreiheit (jeder darf kaufen, was er möchte) und die Vertragsfreiheit (es dürfen private Verträge geschlossen werden).

Die soziale Marktwirtschaft

Die freie Marktwirtschaft ist überaus dynamisch, effizient und kann viel Wohlstand hervorbringen. Allerdings ist dieser Wohlstand häufig ungleich verteilt. Wer kein nennenswertes Privateigentum besitzt und somit nicht selbst Unternehmer werden kann, der kann nur seine Arbeitskraft am Markt anbieten – er wird ein Arbeitnehmer. Wer keine besonderen Fähigkeiten, keine Ausbildung oder keine Qualifikationen hat, die gerade gesucht werden, der wird als Arbeitnehmer sehr wenig verdienen. Gemäß dem Gesetz von Angebot und Nachfrage gibt es unendlich viele, die das gleiche können wie er, aber nur ein paar Arbeitsplätze für Leute wie ihn.

Dies zeigt das Dilemma der freien Marktwirtschaft: Sie ist zwar sehr effizient und leistungsstark, aber sie führt zu sozialer Ungleichheit. Um dieses Problem zu lösen, wurde für die Bundesrepublik Deutschland nach ihrer Gründung 1949 das Konzept der sozialen Marktwirtschaft entwickelt. Die Wirtschaftsordnung und die Wirtschaftspolitik in der BRD orientieren sich an diesem Konzept. Dabei wird der Mechanismus des freien Marktes mit dem Prinzip von Angebot und Nachfrage aus der Marktwirtschaft zwar erhalten. Gleichzeitig wird aber auch darauf geachtet, dass es einen Sozialstaat gibt, der für den sozialen Ausgleich und den Erhalt des sozialen Friedens innerhalb der Gesellschaft sorgt.

Eine zentrale Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Wettbewerb zu schaffen. Man spricht hierbei auch von **Ordnungspolitik**. Dazu gehören z.B. innere und äußere Sicherheit, eine stabile Währung, eine gute Infrastruktur oder ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung. Ordnungspolitik wird auch in einer freien Marktwirtschaft betrieben und soll garantieren, dass Privateigentum sowie Gewerbe-, Konsum- und Vertragsfreiheit geschützt sind.

Die zweite wichtige Aufgabe des Staates in der sozialen Marktwirtschaft ist neben der Bildung der Voraussetzungen für einen freien Markt die Schaffung eines sozialen Ausgleichs innerhalb der Gesellschaft. Mit dem Aufbau eines Sozialstaates soll die Freiheit des Marktes möglichst nicht eingeschränkt werden. Trotzdem sollen die Nachteile des freien Marktes, etwa ein ‚negativer‘ Wettbewerb (Bildung von wirtschaftlichen Mono- oder Oligopolen) oder unsoziale Auswirkungen der Prozesse auf dem Markt (Arbeitslosigkeit, u.a.) vermieden werden. Deswegen greift der Staat hier über sozialpolitische Maßnahmen in die Wirtschaft ein. Man spricht deshalb auch von einer **Prozesspolitik**. Ziel ist eine bestmögliche soziale Absicherung der Bürger/innen bei gleichzeitig größtmöglichem Wohlstand für die Gesellschaft. Dies soll z.B. durch die Steuerprogression, Sozialversicherungen oder Anreize durch Subventionen geschehen.